

KIRCHE

Zwangsarbeiter gesucht

Die katholische Kirche will der staatlichen Stiftung zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern zuvorkommen. Nachdem sie in der Vergangenheit wegen ihres verspäteten Eingeständnisses heftiger Kritik ausgesetzt war, sollen schon im Oktober die ersten Entschädigungen an ihre ehemaligen Zwangsarbeiter ausgezahlt werden. Insgesamt stehen dafür fünf Millionen Mark zur Verfügung. Betroffene „erhalten in der Regel eine einmalige Leistung in Höhe von 5000 Mark“, im Einzelfall auch mehr – so die Vergaberichtlinien, die auf der Herbst-Vollversammlung der Bischöfe in Fulda in dieser Woche beschlossen werden. Die Gelder sollen ausschließlich über die katholischen Hilfswerke Caritas und Renovabis direkt an die Betroffenen verteilt werden. Dabei will

man, „möglichst unbürokratisch und großzügig vorgehen“. Die katholischen Bischöfe schätzen die Zahl der noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter auf 200 bis 300. Nach ihnen wird jetzt vor allem in Osteuropa gefahndet. Bei nach dem 15. Februar 1999 Verstorbenen erhalten Ehepartner oder Kinder die Entschädigung. Bislang hat erst ein Betroffener aus Kanada Ansprüche angemeldet.



Zwangsarbeiter (1944)

ULLSTEIN BILDERDIENST

STEUERFAHNDUNG

Neue Ermittlungen gegen Kiep

Vergangenen Donnerstag haben hessische Steuerfahnder die Villa des früheren CDU-Bundesschatzmeisters Walther Leisler Kiep in Kronberg und dessen Büroräume in Frankfurt durchsucht. Grund: Die Frankfurter Staatsanwaltschaft hat gegen den Ex-Politiker ein neues Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der

Steuerhinterziehung eingeleitet. Nach Einschätzung früherer Weggefährten gehen die Ermittler der Frage nach, ob Kiep von der Auflösung einer CDU-Schwarzgeldquelle, der Liechtensteiner Stiftung „Norfolk“, finanziell profitiert habe. Von den auf einem Konto der Stiftung zu diesem Zeitpunkt noch vorhandenen rund 1,5 Millionen Schweizer Franken soll Kiep rund 500 000 Franken erhalten haben. Entsprechende Angaben hatten der frühere CDU-Generalbevollmächtigte Uwe Lüthje und CDU-Finanzberater Horst Weyrauch gemacht. Lüthje und Weyrauch wollen sich die restliche Million geteilt haben. Kiep bestreitet die Entgegennahme des Geldes.



M. ZUCHT / DER SPIEGEL

Kiep